



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Bericht zum Postulat 2013-028 von Martin Rüegg und Kons.: Einführung in "Staatskunde und Politik" an den Schulen der Sekundarstufe II**

Datum: 10. Februar 2015

Nummer: [2015-074](#)

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Vorlage an den Landrat

Bericht zum Postulat [2013-028](#) von Martin Rüegg und Kons.: Einführung in "Staatskunde und Politik" an den Schulen der Sekundarstufe II

vom 10. Februar 2015

1. Text des Postulats

Am 24. Januar 2013 reichten Martin Rüegg und Kons. das Postulat: Einführung in "Staatskunde und Politik" an den Schulen der Sekundarstufe II ([2013-028](#)) mit folgendem Wortlaut ein:

Im September 2010 haben sich die Stimmberechtigten des Kantons Baselland für die Harmonisierung des Bildungsraums Nordwestschweiz und somit für ein neues, einheitliches Schulsystem ausgesprochen. In der Vernehmlassung zur neuen Stundentafel an den Gymnasien hat sich der Jugendrat BL für die Einführung eines Schulfaches im Bereich der politischen Bildung auf der Sekundarstufe II ausgesprochen. Es wurden auch bereits mehrere Petitionen mit der Forderung nach verbesserter politischer Bildung von Jugendlichen über den Jugendrat direkt an die Regierung eingereicht, wie zum Beispiel am Jugendforum 2010. Leider auch da ohne Erfolg.

An diversen Veranstaltungen (z.B. Jugendforum), die vom Jugendrat organisiert wurden, konnte festgestellt werden, dass die Jugendlichen nur geringe politische Kenntnisse mitbringen. In einem simplen Quiz mit elementaren Fragen zur Schweizer Politlandschaft (z.B. "Wie viele Mitglieder hat der Nationalrat?", "Nenne die sieben Bundesräte.") ergaben sich ernüchternde Ergebnisse. Lediglich 2 von 89 Teilnehmenden erreichten die Höchstpunktzahl. Der klassische Staatskunde-Unterricht im Fach Geschichte scheint also nur ungenügend auf die politischen Realitäten vorzubereiten.

Auf der Sekundarstufe II erfahren alle Schülerinnen und Schüler eine Einführung in "Wirtschaft und Recht". Ebenso wichtig ist eine Einführung in "Staatskunde und Politik". Die Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Fragen ist von grundlegender Bedeutung in unserem Gesellschaftssystem.

Der Regierungsrat wird deshalb beauftragt, eine Einführung in "Staatskunde und Politik" auf der Sekundarstufe II (v.a. FMS, Gymnasium, WMS) für alle Schülerinnen und Schüler zu prüfen und dem Landrat darüber zu berichten.

2. Stellungnahme des Regierungsrates

Der Regierungsrat teilt die Einschätzung der Postulanten, dass die politische Bildung an den Schulen der Sekundarstufe II zu wenig systematisch erfolgt. Die Benchmarkingstudien der NW EDK 2010 und 2012 zeigen, dass die Absolventinnen und Absolventen der Gymnasien und Fachmittelschulen das selbst auch so sehen, allerdings gilt das nicht nur für den Kanton Basel-Landschaft.

Ein weiteres Fach, das mit wenigen Stunden dotiert ist, ist aus pädagogischer Sicht aber abzulehnen. Die Stundentafel darf nicht noch stärker aufgesplittert werden. Zudem lassen die Kantonsfinanzen die Einführung eines neuen zusätzlichen Schulfachs nicht zu. Die kostenneutrale Möglichkeit, Abstriche bei anderen Fächern zu machen, ist nicht durchsetzbar. Im Fokus würden Deutsch und Mathematik stehen, die Lektionen abgeben müssten. Alle anderen Fächer haben eine Dotation, die keine Abstriche duldet, weil entweder die Stundendotation schon nur zwei Lektionen beträgt oder in den Fremdsprachen mit drei Lektionen schon am unteren Limit ist. Gerade in den Fächern Deutsch und Mathematik sollten aber nach den Erkenntnissen aus EVAMAR II (2005-2008: Evaluation des Maturitätsanerkennungsreglementes) keine Stunden gestrichen werden.

Die Lösung muss deshalb innerhalb der bestehenden bzw. beschlossenen Stundentafeln gesucht werden. Für die Maturabteilung der Gymnasien gibt es die Möglichkeit, die „politische Bildung“ im Rahmen des schulspezifischen Pools einzubeziehen. Weiter kann bei der Überarbeitung der Lehrpläne für Geschichte und im heute besser dotierten Grundlagenfach Wirtschaft und Recht oder bei Projektarbeiten die politische Bildung stärker akzentuiert werden. Letzteres gilt auch für die Fachmittelschulen. Eine Verknüpfung politischer Fragen mit andern Fächern oder Projekten verspricht eine nachhaltigere Wirkung als eine trockene Institutionenlehre.

Die politische Bildung auf der Sekundarstufe II im Bereich der berufsbildenden Schulen ist gemäss Rahmenlehrplänen des allgemeinbildenden Unterrichts in der beruflichen Grundbildung und der Berufsmaturität vom Bund explizit definiert.

In der beruflichen dualen Grundbildung gibt der für alle Kantone verbindliche „Rahmenlehrplan allgemeinbildender Unterricht“ unter dem Themenbereich Gesellschaft vor, dass die Lernenden am Schluss der Ausbildung fähig sind, aktuelle politische Fragen analysieren zu können. Der „Rahmenlehrplan der Berufsmaturität“ im dualen bzw. in der schulisch organisierten Grundbildung in den Wirtschaftmittelschulen gibt vor, dass im Ergänzungsfach Geschichte und Politik insgesamt 120 Lektionen für diese Thematik eingesetzt werden müssen.

3. Fazit

Die Schulleitungskonferenz der Gymnasien wird durch den Vorsteher der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion eingeladen, die politische Bildung an den Gymnasien zu fördern und dem Bildungsrat die Umsetzung im ersten Quartal 2016 zu präsentieren. Von einer Anpassung der Stundentafeln wird abgesehen.

4. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt der Regierungsrat die Abschreibung des Postulats [2013-028](#).

Liestal, 10 Februar 2015

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:
Isaac Reber

Der Landschreiber:
Peter Vetter



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Bildungs-, Kultur- und Sportkommission
vom: 7. Oktober 2015
zur Vorlage Nr.: [2015-074](#)
Titel: **Bericht zum Postulat [2013-028](#) von Martin Rüegg und Kons., betreffend Einführung von «Staatskunde und Politik» an den Schulen der Sekundarstufe II**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2015/074

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Bericht zum Postulat 2013/028 von Martin Rüegg und Kons., betreffend Einführung von «Staatskunde und Politik» an den Schulen der Sekundarstufe II

Vom 7. Oktober 2015

1. Ausgangslage

Martin Rüegg und Kons. beauftragen mit dem Postulat [2013/028](#) den Regierungsrat, die Einführung von „Staatskunde und Politik“ auf der Sekundarstufe II zu prüfen und dem Landrat zu berichten. Der Staatskunde-Unterricht im Fach Geschichte sei, so die Postulanten, ungenügend. Der wiederholten Forderung nach verbesserter politischer Bildung von Jugendlichen wurde bisher nicht nachgekommen. Das Postulat wurde am 10. April 2014 stillschweigend an die Regierung überwiesen.

Die Regierung teilt die Einschätzung der Postulanten, dass die politische Bildung an den Schulen der Sekundarstufe II zu wenig systematisch erfolgt. Die Einführung eines eigenen Fachs „Staatskunde und Politik“ wird aus pädagogischer Sicht, aufgrund der starken Aufsplitterung der Stundentafel und aus finanziellen Gründen abgelehnt. Vorgesehen sind Lösungen, die innerhalb der bestehenden bzw. zu beschliessenden Stundentafel umgesetzt werden können. Möglich wären der Einbezug in einen schulspezifischen „Pool“ oder die stärkere Berücksichtigung in den Lehrplänen der Fächer Geschichte und Wirtschaft und Recht. Im Bereich der berufsbildenden Schulen ist die politische Bildung auf der Sekundarstufe II vom Bund explizit definiert. Als Fazit wird die Schulleitungskonferenz der Gymnasien durch den Vorsteher der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion eingeladen, die politische Bildung an den Gymnasien zu fördern und dem Bildungsrat die Umsetzung im ersten Quartal 2016 zu präsentieren. Von einer Anpassung der Stundentafeln wird abgesehen.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission beriet die Vorlage an ihrer Sitzung vom 17. September 2015 im Beisein von Regierungsrätin Monica Gschwind. Isidor Huber, Rektor des Gymnasiums Laufen, stellte die Vorlage vor.

2.1.1 Eintreten

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

2.2. Detailberatung

Die Kommissionsmitglieder finden die Beantwortung des Postulats nicht ausreichend. Die vorgestellten Lösungsansätze sind für die Kommission zu wenig verbindlich, womit die politische Bildung nicht gewährleistet ist. Die Einführung eines eigenen Fachs wird grossmehrheitlich nicht gefordert. Die Kommission wünscht sich aber, dass konkrete und verbindliche Vorschläge zur Integration von „Staatskunde und Politik“ gemacht werden. RR Monica Gschwind erklärt sich mit diesem Wunsch einverstanden.

Die Kommission beschliesst, das Postulat nicht abzuschreiben und ergänzt den Landratsbeschluss um folgenden Punkt:

«Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Landrat detaillierter zur politischen Bildung an den Gymnasien zu berichten und aufzuzeigen, welche Lösungen aktuell umsetzbar sind.»

3. Antrag an den Landrat

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat einstimmig, mit 11:0 Stimmen, gemäss Entwurf des veränderten Landratsbeschlusses zu entscheiden

7. Oktober 2015

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Christoph Hänggi, Präsident

Beilage/n

- Landratsbeschluss (von der Kommission geändert)

Landratsbeschluss

Betreffend Bericht zum Postulat 2013/028 von Martin Rüegg und Kons., betreffend Einführung von «Staatskunde und Politik» an den Schulen der Sekundarstufe II

Vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Das Postulat 2013/028 wird nicht abgeschrieben.
2. Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Landrat detaillierter zur politischen Bildung an den Gymnasien zu berichten und aufzuzeigen, welche Lösungen aktuell umsetzbar sind.

Liestal,

Im Namen des Landrates

Der Präsident:

Der Landschreiber: